

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Fernruf Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postkontos Dresden 1330
Kontos Riesa Nr. 52.

Nr. 150.

Freitag, 30. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 1.75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 5.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 1.50 Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich auf den Betrag der Abrechnung, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Frühling an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. F. Zeiggraber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Nachdem die Riesner Straßenbahn-Gesellschaft, A.-G., zu bestehen aufgehört hat, ist auch die mit dieser Gesellschaft durch die Stadtgemeinde seiner Zeit getroffene Vereinbarung, wonach der Straßen-Betrieb zwischen den Geleisen durch die jetzt erloschene Gesellschaft zu reinigen war, hinfällig geworden. Die Eigentümer der an der Straßenbahn-Anlage gelegenen Grundstücke werden deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß sie nunmehr nach § 42 der Riesner Straßenpolizeiordnung wieder verpflichtet sind, die vor ihren Grundstücken gelegenen Straßenteile bis zur Mitte des Fahrdammes, also auch innerhalb der Geleise, in der ganzen Frontlänge, so oft es nötig, mindestens aber jeden Mittwoch und Sonnabend zu reinigen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 29. Juni 1922.

Nr.

Bekanntmachung

über Neueinschätzung der Werte der Natural- und sonstigen Sachbesätze für die Berechnung des Einkommensteuerabzugs.

Das Landesfinanzamt Dresden hat eine Erhöhung der bisherigen, in Nr. 1 des Riesner Tageblattes vom 2. Januar 1922 bekanntgegebenen Werte der Natural- und sonstigen Sachbesätze für die Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn um 50 vom Hundert

vorgenommen.

Die Erhöhung tritt vom 1. Juli 1922 ab in Kraft.

Riesa, am 29. Juni 1922.

Das Finanzamt.

Deitliches und Sächsisches.

Riesa, den 30. Juni 1922.

Die „Goldene Woche“ begangen heute Freitag der Buchhalter Hermann Ehlinger und Frau. Aus diesem Anlaß sind dem allseitig geachteten Jubelpaare vielfache Zeichen der Verehrung aus Freundschaft und Bekanntschaften zugegangen.

Nachrichtliches. Die Eltern der Kinder, die den Kindergottesdienst besuchen, werden gebeten, ihre Kinder schon 1/11 Uhr in den Kindergottesdienst zu schicken. Siehe die Kirchennachrichten.

Außer den Einführungsabenden des Chorvereins „Reuezeitliche Musik“, in dem u. a. Räte von Schuch, die Tochter des verstorbenen Dresdner Generalmusikdirektors, singen wird, weist ein Inserat in dieser Nr. hin.

Missionsfeier in Henda. Das Leben und Wirken der Brüdergemeinde in Herrnhut hat infolge der zweihundertjährigen Gedächtnisfeier in der evangelischen Christenheit großes Interesse wieder geweckt. Es ist gelungen, für die Jahresfeier des Missionsvereins am kommenden Sonntag in Henda einen Herrnhuter zu gewinnen, Herrn W. H. Superintendent Meyer, der die Mission in Deutsch-Nordafrika gegründet und die zu seiner Beförderung im Kriege geleitet hat. Darum sei nochmals auf das Fest in Henda hingewiesen, das allen, die von der Mission, und besonders auch von der Herrnhuter Mission wollen, reichen Gewinn verspricht.

Für das 21. Posaunenfest des Sächsischen Jungmännerbundes, das vom 1. bis 3. Juli in Bauen stattfinden wird, haben sich über 400 Männer aus allen Bundesstellen angemeldet. Die Veranstaltungen, die volkswirtschaftlichen Charakter tragen, beginnen am Sonntagabend mit der Hauptprobe im Petri-Dome, wofür am Haupttag auch der Festgottesdienst stattfindet. Die Festversammlung wird bei günstigem Wetter im Bismarckheim abgehalten. Am Sonntagabend ist eine Abendmusik vom Schützenplatz aus mit Klingenbeleuchtung geplant. Am Montag schließen die Veranstaltungen mit Väterversammlung und Ausflug zu die Umgegend.

Staatliche Kraftwagenlizenzen. Die dauernde Erhöhung der Betriebsstoffpreise, Fahrer- und Arbeiterlöhne zwingt die Eisenbahn-Generaldirektion Dresden als Sächsische Kraftwagenverwaltung, die Personalfahrtpreise auf den staatlichen Kraftwagenlinien ab 1. 7. 22 im Allgemeinen auf M. 1.50 und die Gepäck- und Erbreisguthaben auf M. 1.— für 1 Tarifflometer zu erhöhen. Für einige Linien mit besonderen örtlichen und Verkehrsverhältnissen sind Ausnahmestimmungen getroffen worden. Der Mindestfahrpreis beträgt künftig M. 3.—, die Mindestfahrzeit für ein Stück Reisegepäck bis zu 30 Kilogramm M. 8.—. Das Nähere ist aus den in den Kraftwagenlizenzen und auf den Bahnhöfen ausgehängten Preistafeln ersichtlich.

Der Automobilverkehr an Sonntagen. Der Ausschuss des Landtages beschloß sich am Dienstag mittig mit dem Antrag auf Einschränkung des Automobilverkehrs an Sonntagen und beschloß, von einem Verbot des Automobilfahrens an Sonntag-Nachmittagen Abstand zu nehmen, dagegen die Regierung aber zu ersuchen, die von ihr angeordneten Maßnahmen zur Einschränkung des Automobilverkehrs in landwirtschaftlich besonders bedachten Gegenden unverzüglich durchzuführen.

Sächsischer Bürgermeistertag. Die unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Schaarshmidt (Dobau) in Aue abgehaltene Hauptversammlung des Sächsischen Bürgermeistertages, der Vereinigung der juristisch gebildeten Ratsvorsitzenden der nicht bezirksfreien Städte, war sehr stark besucht und behandelte in vielstündiger Beratung eine große Anzahl Fragen, die die Gemeinden augenblicklich lebhaft beschäftigen. U. a. wird darüber berichtet: Der Ausschuss des Reichsstädtebundes Dr. Käsel sprach über die Gemeindefinanz und Gemeindefürsorge. Seine Ausführungen rechtfertigen das Verlangen, den Gemeinden wieder eigene ertragsfähige Steuerquellen und besonders die Möglichkeit von Zuschlägen zur Reichseinkommensteuer zu eröffnen. Der Vortrag wurde ergänzt durch Bürgermeister Dr. Volter (Reichenbach). Nach einem Bericht von Dr. Eberle über den augenblicklichen Stand der Gemeindefürsorge wurde dem Vorgehen des Vorstandes einstimmig zugestimmt, der Widerspruch gegen eine Reihe von Bestimmungen des Gemeindefürsorgeentwurfes erhoben hat.

Das Sächsische Rote Kreuz hielt am 24. Juni im Sitzungssaal des Carolahauses in Dresden seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Nach Erhaltung des Geschäfts- und Kassenergebnisses wurde dem geschäftsführenden Vorstand Entlastung erteilt. Der frühere langjährige Schatzmeister des Vereins, Herr Geheimrat Hofrat Ernst, wurde in Anerkennung seiner großen Verdienste einstimmig zum Ehrenmitglied des Sächsischen Roten Kreuzes ernannt.

Einheitsfront der drei Arbeiterparteien. Der Unionen Sachdienlich schreibt: Was nicht nur jedem Politiker, sondern auch jedem Laien von vornherein klar sein mußte, hat sich an dem Minister

Dr. Rathenau verlebte Verbänden, eine völlige Einigung der drei Arbeiterparteien, wenigstens soweit Sachsen in Betracht kommt, zur Folge gehabt. Die praktische Auswirkung dieses Zusammenschlusses wird verabredungsgemäß in der nächsten Annahme des Volksetats zunächst in Erscheinung treten. Als Gegenleistung für dieses Entgegenkommen der Kommunisten ist diesen seit der „zum Schutze der Republik“ geforderten Bewaffnung der freigezweckeltlich organisierten Arbeiterpartei die bereits von uns mitgeteilte dem Bundtage zugewandene Vorlage betreffend Bildung einer Ausschusskommission in Sachsen zugeordnet worden. Damit ist sowohl die Annahme des Volksetats, wie auch die der neuen Vorlage als gesichert zu betrachten. Der Innenminister Lipinski, der gestern in Berlin weilte und vom Wirtschaftsminister Jellisch vertreten wird, dürfte seine Anwesenheit in Berlin benutzen, um im Sinne der neuen Ausschussvorlage in Berlin für Sachsen zu wirken.

Bewertung der Sachbesätze. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Finanzamts Riesa in heutiger Nummer wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Monatsätze für die Bewertung der Sachbesätze ab 1. Juli 1922 sich wie folgt stellen werden: a) Gewerbebetriebe betreffend: 715 M für Betriebsbeamte, Betriebsmeister, Handlungsgehilfen, Gehilfen in Apotheken; 615 M für Arbeiter, Bediensteten, Krankenpflegepersonal, männliche Gastwirtschaftliche, männliche Diensthelfer, Handlungsgehilfen, Lehrlinge in Apotheken, Rechnerinnen, Hausfrauen und Wäscherinnen; 525 M für weibliche Diensthelfer, Aufwartenden, Arbeiterinnen; 450 M für Arbeiterinnen unter 16 Jahren; b) Land- und Forstwirtschaft betreffend: 675 M für Betriebsbeamte 1. Klasse (selbständige Betriebsleiter); 630 M für Betriebsbeamte 2. Klasse (Inspektoren, Verwalter, Obergärtner, Herrschaftsgärtner, Obermaier, Wirtschaftlerinnen, Mamsells); 555 M für Betriebsbeamte 3. Klasse (Herrschaftsgärtner in kleinen Betrieben, Haushälterinnen), Facharbeiter 1. Klasse (Oberwäppler, Schirrmacher, Leutnants); 550 M Facharbeiter 2. Klasse (Schweizer, Vorarbeiter, Wirtschaftsgelhilfen, Gärtnergehilfen, Waldwärter, Brenner); 520 M für männliche und weibliche Arbeiter über 16 Jahren; 390 M für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren. Hat auch die Familie des Arbeitnehmers freie Sachbesätze, so erhöht sich der Satz um zwei Drittel für die Frau und um ein Drittel für jedes Kind.

Vorauszahlung an die Beamten. Auf der von der Beamtenkassendirektion gestellten Wunsch auf Vorauszahlung der Juliabgabe der Beamten hält das Gesamtkomitee an der ablehnenden Haltung fest, die es bisher aus grundsätzlichen Erwägungen gegenüber der vorzeitigen Auszahlung der Beamtengehälter eingenommen hat, ganz abgesehen davon, daß eine Vorauszahlung der Bezüge wenigstens in vollem Umfange im vorliegenden Falle bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit sich technisch nicht mehr durchführen ließe. Mit Rücksicht auf die gerade in der letzten Zeit sprunghaft gestiegene Teuerung soll aber ein 40prozentiger Zuschlag zum Ausgleichszuschlag sofort zur Auszahlung kommen, in der sicheren Erwartung, daß der Reichstag einen solchen Zuschlag mit Wirkung von Anfang Juni an beschließen wird.

Der Wohnungsbau. Im Reichstagsausschuss für Wohnungswesen teilte die Regierung über die Wohnungsbautätigkeit mit, daß im Jahre 1922 statt der erwarteten 200 000 Wohnungen nur etwa 80 000 hätten hergestellt werden können.

Ortrau. Eine Fohlenschau mit Prämierung findet Sonntag, den 2. Juli seitens der hiesigen Pferdebesitzer-Gesellschaft statt. Gegen 100 ein-, zwei- und dreijährige Fohlen, selbstgezeugene Gebrauchspferde, die von angebotenen Stuten stammen, werden dem Besucher vorgeführt, ein- und zweipännig vorgefahren und unter dem Reiter vorgeführt.

Dresden. Am Mittwochabend drangen in den Diskussionsabend des Vereins Deutscher Studenten in der Wielandstraße, bei dem der demokratische Politiker und frühere Landtagsabgeordneter Dr. Wendt-Glückert über das Thema „Der Student und das neue Deutschland“ sprach, ein Duzend junger Burken im Alter von 17 bis 23 Jahre ein. Sie hatten, wie sich aus verschiedenen Bemerkungen ergab, den Vorbehalt, es handle sich dort um eine geheime Organisation, während in Wirklichkeit der Vortrag der Aufklärung und der Verlesung galt. Eine Fehlerscheibe wurde zertrümmert, aber kein weiteres Unheil angerichtet, da die Studenten drei Vertreter der Kundgebung zu ihrer Diskussion einluden und die drei jungen Leute sich davon überlegen konnten, daß alles andere, als eine Verlesung dort abgehalten wurde. Einer von ihnen dankte dann auch für die verständlichen Worte und gab der Selbstkritik der Arbeiterpartei nach höherer Bildung Ausdruck. Ohne weiteren Zwischenfall konnte die Aussprache beendet werden. Auch am Tage vorher war dasselbe Haus von Kundgebern heimgesucht, Schilder abgerissen und Fenster Scheiben zertrümmert worden.

Burkhardtswalde. Als ein Wiener Fuhrwerk die Straße Burkhardtswalde-Bliesdorf passierte, wurde von einem hinter dem Fuhrwerk herfahrenden Radfahrer ein Schlag abgegeben, der ein Pferd traf und dieses, ein wertvolles Tier, an der rechten Hinterkeule schwer verletzte. Das

verletzte Tier mußte einer tierärztlichen Klinik übergeben werden. Der unglückliche Schicksal ist ein 17-jähriger Burke von hier.

Burgstädt. Um den zahlreichen Klagen über die schlechte Qualität des Brotes auf den Grund zu gehen, hat die Stadtbehörde von Burgstädt aus allen Bäckereien Brotproben entnommen, um sie durch den amtlichen Nahrungsmittelchemiker untersuchen zu lassen.

Mittweida. Unter Teilnahme von etwa 1000 Personen aus allen Kreisen der Einwohnerschaft fand hier die Weihe des von der Kirchengemeinde errichteten Ehrenmals für die 515 Opfer des Weltkrieges aus dem Kirchspiel Mittweida statt.

Selmsgrün. Nachts wurde in der Nähe vom Vormort Selmsgrün aus einer Koppel ein 7 Jahre alter Bulle, dem Rittergutsbesitzer v. Bodenhausen auf Böhl gehörig, gestohlen. Allem Anschein nach ist das Tier in lebendem Zustand in den nächster Nähe gelegenen Wald gebracht und dort abgeschlachtet worden.

Wolkenstein. Hier ist der seltene Fall zu verzeichnen, daß das Kirchenamt 100 Jahre in den bewährten Händen eines und derselben Familie ruht. Der derzeitige Inhaber dieses Amtes, Kirchenrat Paul Finkelein, ist der 3. seines Stammes im Kirchenamt und verwaltert dieses Amt seit etwa 30 Jahren mit großer Treue, wie es sein Vater und Großvater getan.

Sobndorf. Durch die Mithilfe des Vereins zur Errichtung von Bergamannsmöbungen war es hier möglich, seit 1921 130 Wohnungen zu errichten.

Mitteldorf. Einen seltsamen Tod fand die Ehefrau des Gutbesizers Steyer, die in dem im Garten des Grundstückes liegenden Gärtnerhäuschen entliegend gefunden wurde. Wie der Arzt feststellte, muß sie beim Frühaufstehen in dem Teiche, der übrigens nur sehr wenig Wasser enthielt, vom Schläge getroffen worden sein, worauf sie kopfüber in den Teich gestürzt ist.

Zwickau. Um Mittel zur Unterstützung Minderbemittelter zu erhalten, genehmigte der Kreisrat die Erhebung einer Bezirksumlage für die Amtshauptmannschaft Zwickau.

Falkenstein i. V. Ueber 3000 junge Mädchen aus allen Teilen Sachsens fanden sich in den Tagen vom 24.—26. Juni hier zum 2. großen Jugendtag des Evangel. luth. Landesverbandes für die weibliche Jugend in Sachsen zusammen. Höhepunkte der Tagung waren der Festgottesdienst im Walde, an dem über 4000 Personen teilnahmen (Predigt von Wendelin, Dresden) und die Zeitvermittlung mit Ansprachen von Superintendent Dr. Kühn, Auerbach und Wfr. Bollrath Müller, Dresden. Ein stimmungsvoller Fackelzug und ein großer Festzug gaben auch nach außen hin machtvolles Zeugnis von dem Leben des Verbandes. Lied, Spiel und Turnen umrahmten die einzelnen Veranstaltungen. Am Montag vormittag wurde in einer Arbeiterversammlung, an der noch etwa 1200 Mitglieder teilnahmen, eingehend verhandelt über: die weibliche Arbeit im Verein, die Bedeutung der Organisation und über die Frage „Wir und der Alkohol“. Nach eingehender Aussprache wurde zu letzterem Punkte folgende Entschliessung gefaßt: „Ueber 1000 Mitglieder des Sächsischen evangelisch-lutherischen Landesverbandes für die weibliche Jugend, nach dem von Tausenden besuchten 2. Jugendtag in Falkenstein zur Arbeiterversammlung vereinigt, ergriffen von der großen Alkoholvergiftung, unter der nicht zuletzt die Frau als die Trägerin des kommenden Geschlechtes schwer zu leiden hat, beschließt einmütig darauf einzutreten, daß künftig alle Vereins- und Verbandsveranstaltungen alkoholfrei gehalten werden und daß immer mehr Mitglieder bewußt in den Kampf gegen die Alkoholvergiftung eintreten.“

Blauen i. V. Vor dem Schwurgericht hat gestern der Prozeß gegen den Kraftwagenführer Seidel und den Arbeiter Franke aus Tangermünde begonnen wegen Beteiligung an den hölzernen Attentaten in Falkenstein am 6. März 1921 gegen das dortige Rathaus, die Villa Eckstein und das Haus des Verlegers Feustel, die durch Explosion von Sprengkörpern schwer beschädigt wurden. Zu dem Prozeß sind 17 Zeugen geladen. — Ein Unglücksfall durch unvorsichtiges Herausbeugen aus dem Fenster im Zugabteil ereignete sich in einem von Dresden kommenden Abendzug. Als dieser Zug gerade über die Elstertalbrücke fuhr, beugte sich ein aus Chemnitz stammender Zugabteiler H. Steinbach aus dem Fenster eines Abteils 3. Klasse. Im gleichen Augenblick fuhr der Zug unter dem auf der Brücke angebrachten, für die Ausbesserungsarbeiten bestimmten fahrbaren Kran hindurch, an dessen Gerüst der Schaffner mit dem Kopfe anschlag und eine stark blutende erhebliche Verletzung sowie eine leichte Gehirnerschütterung erlitt.

Delsnitz i. V. Für Benutzung der öffentlichen Brunnen wird hier vom laufenden Rechnungsjahre ab eine Gebühr erhoben, die der Höhe des jeweiligen Wasserzinses anzupassen ist.

Leipzig. In der Nacht zum 24. Juni ist in einem Kurhotel der 35-jährige Kaufmann Alexander Densel aus Leipzig von dem Reisenden Michaelis aus Leipzig ertrunken worden. Der Anlaß war ein geringfügiger Streit. Der Tater wurde noch am demselben Tage in einem anderen Hotel festgenommen. Der Verletzte ist im Krankenhaus ge-

fordern. Wie die „Mitteldeutsche Zeitung“ in Erfurt erfährt, war der Täter bei Ausübung der Tat stark betrunken. Er will gar nicht bemerkt haben, daß er Fensel überhaupt erschossen hat, und war höchst erstaunt, als man ihm den Grund seiner Verhaftung mitteilte. Auch die anderen am Streit Beteiligten sollen schwer bestraft werden sein.

Schölln. Der vor einigen Wochen hier wegen verschiedener Betrugsdelikte verhaftete angebliche Emanuel Nabel aus Prag wurde durch das Fingerabdruckverfahren als der vielfach bestrafte Schloffer Willy Alfred Schödel aus Vera festgestellt. Schödel war aus einer Strafanstalt in Dresden entwichen und betrieb unter falscher Flagge seine Betrügereien weiter; er wird auch unter dem Namen Schödel von verschiedenen Strafbehörden festbrieflich verfolgt.

Altendurg. Ein hiesiger Fabrikant, der mit einem Freunde in ein Kaffeehaus einkehrte, entsprach dem Wunsch zweier Mädchen und ließ sie kopieren. Auf der Weing-Ludauer Straße fuhr der Kraftwagen gegen eine mächtige Eiche und ging vollständig in Trümmer. Die Insassen schossen 20 Meter weit bedärflich die Böschung hinunter ins Gras. Der den Wagen steuernde Fabrikant erlitt eine heftige Brustquetschung und Kopiererschütterung. Einem der Mädchen wurde von der zertrümmerten Schutzscheibe ein Arm der Länge nach aufgerissen. Im übrigen sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Beiseid der Stadt Danzig. Dem Reichspräsidenten ging vom Präsidenten des Senats der freien Stadt Danzig, Salm, folgendes Telegramm zu: Der Senat der freien Stadt Danzig befindet in tiefer Ergrübelung dem deutschen Volk sein innigstes Mitgefühl zum Tode Rathenaus. Mit der ganzen Welt ist sich auch die freie Stadt Danzig einig in dem Ausdruck des Abscheus über das entsetzliche Verbrechen. Danzig empfindet das Leid des deutschen Volkes als sein eigenes Leid.

Tarifbruch im Berliner Buchdruckergewerbe. Im Scherischen Verlag in Berlin hat die Verlagsfirma unarbeitsliche Forderungen erhoben und ist in den Ausnahmestellen. Der Berliner Verlagsleiter und die übrigen Blätter dieses Verlages konnten seit Dienstag nicht erscheinen. Das Tarifschlichtungsgericht der Buchdrucker hat einstimmig, und zwar Arbeitsgeber als auch Arbeitnehmervertreter, dahin erkannt, daß die beklagte Buchdruckergesellschaft sich durch einen großen Verstoß gegen § 97, 2 des Tarifs eines Tarifbruchs schuldig gemacht habe. Die Regierungstellen sind von den Vorgängen von Seiten der Berliner Zeitungstieger in Kenntnis gesetzt worden.

Der Parteiverband der Deutschnationalen Volkspartei erließ alle Mitglieder der Partei, sofort genau zu prüfen, ob einzelne Mitglieder der Partei Organisationen angehören, die verfassungswidrig oder gesetzwidrig Ziele verfolgen. Sollten solche Parteimitglieder sich darunter befinden, so seien sie unverzüglich aus der Partei auszuschließen.

Verbotene Zeitungsblätter. Die Redaktion der „Hamburger Post“, des „Hamburger Volksblattes“ der „Deutschen Post“ teilt mit, daß die morgige Ausgabe des Blattes von der Polizei beschlagnahmt worden ist.

Kauferei in der Stadtverordnetenversammlung. In der Stadtverordnetenversammlung in Königsberg kam es Mittwoch abend zu häßlichen Austritten zwischen den Mitgliedern der äußersten Linken und der Deutschnationalen Volkspartei. Von der linken Seite wurden bei Beginn der Sitzung Aufste, wie „Mörderbande“, „Mördergangel“, gegen die Deutschnationalen gerichtet. Als ein deutschnationaler Stadtverordneter einen solchen Jurist mit dem Vorwurf der Freigabe gegen die radikalen Vorführer erwiderte, drangen zahlreiche sozialistische Stadtverordnete auf ihn ein, wodurch eine Kauferei entstand, die den Vorkörper zur Unterbrechung der Sitzung zwang. Der deutschnationaler Stadtverordneter, der den Jurist gemacht hatte, verließ den Sitzungssaal. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlangten die Deutschnationalen, daß der sozialistische Stadtverordnete, der die beleidigenden Aufste gegen rechts gerichtet hatte, den Saal verlasse. Als daraufhin nichts geschah, verließen sämtliche Deutschnationalen den Sitzungssaal. Die von den Demokraten beantragte Verleumdung für Rathenaus wurde einstimmig angenommen. Bei der Beratung des Antrages der Linken über die Besetzung des Magistratsgeschäftes und Entfaltung der Pläne des früheren Kaisers und Rudenors ergab sich Beschlußunfähigkeit.

Die Not der Presse. Unter dem Druck der fortgesetzten Zensur sind weitere Rettungen notwendig, ihr Erscheinen zu verhindern oder gänzlich einzustellen. Es erscheinen jetzt wöchentlich (die eingeklammerten Zahlen beuten das bisherige Erscheinen an): „Brüderlicher Anzeiger“ 2 mal (3), „Wuralengelder Zeitung“ 3 mal (6), „Camburger Tagesblatt“ 5 mal (6), „Ebersbacher Zeitung“ 3 mal (6), „Rottwälder Zeitung“ 4 mal (6) und „Thüringer Volksbote“ 4 mal (6). Vom 1. Juli ab erscheinen nicht mehr: Die im 48. Jahrgange stehende „Landpost“ in Damerau-Dammarschen, sowie die „Albersdorfer Zeitung“, „Schenfelder Nachrichten“, „Hohenwester Zeitung“, „Aufrenger Zeitung“ und „Ruhlfelder Stadtblatt“ (64. Jahrgang). 95 Tageszeitungen und Beiblätter sind nach neuesten Aufstellungen in der letzten Zeit wiederum eingegangen. Die von der Reichsregierung zugelassene „Sitzung für die Presse“ befindet sich seit längerer Zeit im „Stadium der Erörterungen“. Inzwischen nimmt das große Zeitungsterben seinen verhängnisvollen Lauf. Wird die Reichsregierung, werden die Regierungen der Länder diese Zeichen verstehen, werden sie die Tatsache würdigen, daß schon Ostpreußen nach deutschen Rettungen greift, um Einfluß auf die deutsche öffentliche Meinung zu gewinnen? Was sich damit vorbereitet, sollte doch unseren Regierungsstellen die Augen öffnen über die Gefahren, die der bodenständigen deutschen Presse und dem deutschen Volke drohen und sie erkennen lassen, daß Erörterungen und immer wieder Erörterungen nicht das Mittel sind, die Katastrophe zu verhindern, sondern daß die Lage eine energische, großzügige und vor allem schnelle Tat erfordert. — In der gestrigen Sitzung des Reichsrates erklärte der preussische Ministerialdirektor Meißner, daß die Bemerkung der Deutschen Allgemeinen Zeitung, die Länder hätten sich geweigert, an dem Beiseidung über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse mitzuarbeiten, falsch sei. Die Länder seien vielmehr nach wie vor zur Mitarbeit durchaus bereit, wenn sie auch die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ohne weiteres annehmen könnten. Die Länder hätten jedoch eine Reihe anderer Vorschläge der Reichsregierung unterbreitet.

Die ablehnende Haltung der freien Gewerkschaften. Wie der „Vöchner Anzeiger“ erfährt, hat die am 29. Juni in Bochum abgehaltene Konferenz der freigewerkschaftlichen Organisationen die Ausführungsverordnung für Arbeiterentgelt und Lohnfragen, sowie die Uebersichten abgelehnt. Die Aussprache ergab die völlige Einigkeit der Bergleute und den festen Willen, unternimmt von äußeren Einflüssen, geschlossen zu der Organisation zu stehen. In Lohnfragen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Erhöhung des Entgeltes der Bergarbeiter unabhängig sei von einer Verbesserung der heutigen mangelhaften Ernährung der Bergarbeiter, ebenso von einer Erhöhung des Reallohnlohnens. Eine entsprechende Entscheidung wurde einstimmig angenommen.

Südslawien. **Leipzig und Cholerafälle.** Nach einem Belgrader Telegramm des „N. Z.“ segelten sich auf vier im Hafen von Salamis liegenden Schiffen mit 10 000 erkrankten griechischen Flüchtlingen aus Rußland nach Leipzig, aus Cholerafälle. Die Schiffe wurden unter Quarantäne gestellt. Da auch in Saloniki Cholerafälle beobachtet werden konnten, hat die südslawische Regierung strenge Maßregeln gegen die Einschleppung der Seuche ergriffen.

Spanien. **Das spanisch-deutsche Handelsabkommen.** Der Minister des Reichs erklärte in den Verhandlungen der Kammer über die Verhandlungen über das spanisch-deutsche Handelsabkommen, daß sie, wenn auch unter Schwierigkeiten, fortgesetzt werden würden. Er fügte hinzu, der deutsche Verhandlungsführer habe sich im Laufe des Abends in einer Regierungsmittlung nach Warschau begeben. Nichtdeutkoweniger würden die Verhandlungen dadurch nicht beendigt, denn der Delegierte lasse einen Vertreter zurück, der die Verhandlungen fortsetze.

England. **Cypern für Katalon an Griechenland.** Der britische Oberkommissar in von Cypern nach England abgereist. Die Nationalversammlung hatte einstimmig Entschlüsse, die die Vereinigung Cyperns mit Griechenland verlangen. Er wird diese Entschlüsse der britischen Regierung übermitteln. Auch der Nationalrat sprach sich einstimmig dahin aus, daß Cypern an Griechenland zurückgegeben werde, und erklärte, daß Maßnahmen getroffen worden seien, um die britischen Interessen zu wahren.

Die Lage in Dublin verschärft sich immer mehr. Den Blättern zufolge wird es immer klarer, daß die Belagerung der four courts nur ein Teil der Aufgabe ist, die den irischen Freikampftropfen bevorsteht. Während der gestrigen Nacht haben sich in verschiedenen Teilen der Stadt republikanische Kette gebildet. Diese Kette werden eine ernste Gefahr für die Truppen Collins. Die Beschießung dauerte bis fünf Uhr morgens an. Bisher sind keine Kessel vorhanden, daß der republikanische Führer bereit sei, sich zu ergeben. Eine erneute Aufforderung zur Uebergabe wurde abgelehnt. Die Regierung des irischen Freikampfs teilte der Londoner Regierung mit, sie erwarte und hoffe, daß die Republikaner bald zur Kapitulation gezwungen sein werden. Bisher wurden 12 Tote und 40 Verwundete gemeldet. Die Eisenbahnlinie ist unterbrochen. Bei Kilmurck wurde eine Brücke gesprengt. Damit ist die Verbindung mit Cork abgebrochen.

Amerika. **Konferenz zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks.** Das von Washington: Präsident Harding habe beschlossen, eine Konferenz einzuberufen, um den Zustand der Bergleute beizulegen. Er habe zu dieser Konferenz 25 bis 30 Grubenbesitzer eingeladen, die über die Festsetzung der Löhne beraten sollten. Der Vorsitzende des Syndikats der Bergarbeiter erklärte, daß die Streikführer des Syndikats aufgefordert würden, an der Konferenz teilzunehmen, die am Sonnabend im Weißen Hause stattfinden werde. Die Gewerkschaften der Bergarbeiter verlangten, daß für ganz Amerika verhandelt werde, während die Grubenbesitzer nur bezugsweise Lohnabkommen schließen würden.

Antrag auf Rückgabe beschlagnahmter Sachbesitzes. Das Mitglied des Kongresses Winslow hat einen vom Präsidenten Harding genehmigten Antrag eingebracht, wonach eine Summe von 40 Millionen Dollar und der im Verlaufe des Krieges beschlagnahmte Sachbesitz zurückgegeben werden soll.

Vermischtes.

Ein überladenes Boot umgeschlagen. Eine Gesellschaft vom Buchdruckerhandwerk in Welen unternahm in angeheitertem Zustand eine Kahnfahrt auf dem Rhein. Obwohl nur ein kleines Boot für drei Personen zur Verfügung stand, stiegen die acht Sänger entgegen den Warnungen ein. Das überladene Boot schlug um und vier Insassen ertranken, darunter ein Familienvater von zwölf Kindern.

Verhaftung des Kapitäns vom „Avaré“. In Hamburg wurde Kapitän Bardo, der Führer des im letzten Hafen gekenterten Dampfers „Avaré“, nachdem er wieder hergestellt ist, verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Dort wurde ihm der Verhaftungsbefehl vorgelesen, nachdem er, da er als Ausländer der Flucht verdächtig erscheint, in Gewahrsam genommen werden mußte. Man behauptete dem völlig gebrochene Mann, daß er durch seine Maßnahmen das Leben von etwa 40 Menschen auf dem Gewissen habe und daß voraussichtlich eine schwere Strafe verhängt werden würde. Die Sachverhältnisse sind der Meinung, daß die Vergeltung des Wrauchs sich bis zum Erbitt hinziehen werde.

Ein unglücklicher Schuß. In Darmstadt wurden in der Nacht zum Donnerstag in dem Geschäftshaus des sozialdemokratischen „Frischen Volkstheaters“ zwei Fensterkassen eingeschlagen. Die dort stationierten Beamten der Schutzpolizei bemerkten später verdächtige Geräusche und stiegen über die Mauer des angrenzenden Bahnhofs Raubheim. Der Hausmeister der Bank namens Kurz hielt sie für Einbrecher und hegte den Hund auf sie. Die Beamten riefen, Polizei sei da, und forderten ihn auf, den Hund zurückzuführen. Der Hausmeister rief die Polizei nicht. Als der Hund auf einen der Beamten einbrach, schoß dieser auf ihn. Die Kugel streifte den Hund, prallte vom Pfleger ab und traf den Hausmeister so unglücklich, daß der Tod sofort eintrat.

Autounfall. Als auf der Chaussee von Weiswasser-Nietzen der Chauffeur des Direktors Müller von den Glasbrüternwerken Kirch, Jante u. Co. mit seinem Kraftwagen einem Hindernis ausweichen wollte, plachte der Wagen und der Wagen überschlug sich. Müller und der Chauffeur wurden leicht verletzt. Von den übrigen Insassen wurden zwei getötet.

Neubestellungen auf Juli 1922

zum Bezuge des täglich erscheinenden „Mieser Tagesblattes“ werden jederzeit von allen Zeitungsträgern und von der Geschäftsstelle, Goethestr. 69, entgegengenommen. Bezugspreis für Juli: 32 Mark ohne Bringerlohn.

Der Kriegsbelduldigtenprozeß in Leipzig.

In dem Prozeß gegen Michelsohn wurde am Mittwoch nach Erstattung der Sachverständigenurteile in die Zeugenernehmung eingetreten. Zur Vernehmung kamen Regierungswildkämmerer Dr. Kentenich-Sieburg, Seb. Sanitätsrat Prof. Dr. Braunschweig-Galle und Regierungsrat und Medizinalrat Dr. Voss-Berlin. Alle drei Herren stellten dem Angeklagten genau wie die Sachverständigen das Ergebnis eines überaus tüchtigen, organisatorisch begabten Mannes aus und wüßten auch in persönlicher Hinsicht nichts Negatives über ihn zu sagen.

Am Donnerstag kam der Staatsanwalt und damalige Oberarzt Dr. Volkert aus Berlin-Wilmersdorf zur Vernehmung. Er lobt die von Dr. Michelsohn getroffenen Einrichtungen in Dylis-Gros und Efron. Ueberraschend wird die im weiteren Verlauf der Verhandlung erfolgte Feststellung, daß auch die deutschen Schwestern ein unzu-

stimmendes Moment im Lazarett gebildet haben. Insbesondere kommt hier das Auftreten der für den 30. Juni als Zeugin geladenen Schwester Dammann aus Stettin zur Sprache, die unter anderem in militärischem Tone geäußert haben soll: „Ich werde um 14 Tage Nachurlaub bitten, und wenn ich den nicht erhalte, dann lasse ich mich verlegen!“ Diesem Verlangen hat sich der Angeklagte widersetzt. Der aus Leipzig gebürtige Kaufmann Hans Frenzel in Frankfurt a. M. war kommandiert zur Gesundheitsverwaltung des Roten Kreuzes. Er berichtet über eine französische Dame aus einer alten Patriziersfamilie aus Lyon, die sich über ein Lazarett, in dem unglückliche Zustände herrschen sollten, aussprach. Dr. Michelsohn habe unter anderem gesagt, in Efron stehe es gut, wenn sei angefordert, das viele Klagen habe er abgemöhnt. Der Zeuge wird Dr. Volkert gegenübergestellt. Dieser erklärt, ein solches Gespräch habe niemals stattgefunden. Der Präsident verliest eine an das Auswärtige Amt gerichtete Eingabe des Zeugen über diese Unterredung. Darin läßt der Zeuge unter anderem aus, daß Dr. Volkert gefragt habe, ob Michelsohn nur noch Sterbe-Passporte einleiden wolle. Geantwortet ist worden, das sei doch am einfachsten. Der Zeuge gibt zu, daß er den Ausdruck mit den „Sterberapporten“ vielleicht mißverstanden haben könne.

Amtsgerichtsrat Wahrenholz aus Hannover sagt aus, Dr. Michelsohn habe ihm erzählt, daß er mit den Schwestern Differenzen hätte, sie seien abends trotz seines Verbots ausgegangen. Als nächster Zeuge wird der praktische Arzt Dr. Tolstern aus Gollnow i. Pom. vernommen. Er schildert die großen Schwierigkeiten im Lazarett, in dem damals 1000 gefangene Kranke untergebracht waren, und zwar Belgier, Franzosen und Russen aller Stämme. Unter einander konnten sich die Insassen gar nicht vertragen. So habe z. B. ein Russe dem andern wegen einer Zigarette ein Auge ausgetrieben. Weiter kommt der praktische Arzt Dr. med. Erich Rejense aus Neubaus am Hainsteig zur Vernehmung. Zur Brühelstraße gibt er zu, daß es wohl hin und wieder bei Verletzungen etwas abgedungen hat, das hätten aber auch die Betroffenen weiter nicht über genommen. Der Studienrat Walter Matthes aus Zwenkau war als Stellvertreter des Lazarettverwaltungsbeamten tätig. Er stellt Dr. Michelsohn das beste Zeugnis in Bezug auf organisatorisches und technisches Verkönnen. In mancher anderen Beziehung habe er ihn aber nicht gerade für eine Perle des Meeres gehalten. Der Angeklagte habe für ein Reitpferd gehalten, und auf die Frage nach dem Futter geantwortet: „Meine Stute frisst Weizen.“ Der Bühnenhof sei stattdessen gewesen. Ebenso sei die Küche von Efron so gut gewesen, daß man in einem Berliner Hotel nicht habe besser essen können.

Der Angeklagte erinnert dann an die frühere Aussage des Zeugen über den Fall des Anaben Moritz, den Dr. Michelsohn vernachlässigt haben soll und der dann gestorben ist. Der Zeuge weiß sich nicht mehr bestimmt daran zu erinnern, ob er selbst mit dem Angeklagten über den Anaben Moritz gesprochen hat oder ob es sich um ein Gespräch einer Schwester mit Dr. Michelsohn gehandelt hat. Der Oberfeldarzt Walter Wartens in Stettin war Lazarettinspektor in Efron. Er berichtet in bestimmter Form über die geleistete Heilungsarbeit der Einrichtung eines brauchbaren und zuletzt geradezu komfortabel eingerichteten Lazarett. Der Zeuge ist 1914 ins Feld gekommen und in Gefangenschaft geraten, später aber wieder ausgetauscht worden. „Unsere Verste sind in der französischen Gefangenschaft in Räumen untergebracht worden, wo blutige, schmutzige Krankenwände aufbewahrt wurde. Es wurde keine Gelegenheit gegeben, die Notdurft zu verrichten. Wie mußten unsere Schlüssel dazu benutzen. Schwarze standen an den Türen und bewachten uns, außerdem wurden wir geschlagen. Auch auf dem Abtransport der ersten Station sind die deutschen Verste bedrückt und mit Schmutz bemorfen worden. So haben uns die Franzosen behandelt.“

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 30. Juni 1922.

Dr. Helfferichs Abreise.

Wie der „Vorwärts“ meldet, hat der Abg. Dr. Helfferich am Donnerstag nachmittag, nachdem die Verhaftung Gütters bekannt wurde, Berlin plötzlich verlassen und die Polizei gebeten, für den Schutz seiner Wohnung zu sorgen.

Abreise der Interalliierten Kommission.

(Paris.) Die Interalliierte Kommission in Oppeln wird, wie einige Blätter bekanntgeben, am 7. Juli mit Sonderzug Oppeln verlassen und am 9. Juli in Paris eintreffen.

Aus dem englischen Unterhaus.

(London.) Im Unterhaus erklärte Stanley auf eine Anfrage, Deutschland dürfe gemäß der Voulgner Note vom Juni 1920 eine Polizeimacht von insamamt 150 000 Mann unterhalten. Die interalliierte Kontrollkommission habe nicht gemeldet, daß diese Zahl augenblicklich überschritten sei. Die deutschen Vorschläge für die Reorganisation der Polizeimacht würden gegenwärtig von der Kontrollkommission geprüft. Stanley teilte dann mit, die britischen Besatzungskosten am Rhein und in Oberloosen betragen vom 1. April bis 30. Juni 1922 etwa 600 000 Pfund Sterling. Nachdem Horne Angaben über die Ergebnisse der deutschen Einkommensteuer für 1921/22 gemacht hatte, fragte Woodward, ob der britische Postminister in Berlin Anweisungen erhalten haben, welche Stellung er zu der etwa beschätzten Wiedereinführung der Steuer Hohenzollern und Mittelrhein einnehmen solle. Darmsworth verweies nur auf seine Antwort vom 22. Juni. Kennworthy fragte, ob es nicht einleuchtend sei, daß die jüngsten Ereignisse in Deutschland es für die Republik absolut notwendig machten, eine ausreichende Polizeimacht zu unterhalten, und ob nicht alle derartigen Fragen nach der Polizeimacht die Monarchisten unterstützten. Auf diese Frage wurde keine Antwort erteilt.

Konkurrenz für Verabreichung der deutschen Verpflichtungen.

(London.) Konkurrenz sagte in einer Rede in Vaiden, die wirtschaftliche Lage Europas sei im gegenwärtigen Augenblick nicht nur nicht besser, sondern sogar schlechter als vor drei Jahren. Die Wechselkurse, die das Barometer des internationalen Handels seien, zeigten weiterhin wilde und nicht voraussehende Schwankungen. Man bestünde sich noch innerhalb einer nicht abzusehenden Entfernung von der Stabilität und Kontinuität, ohne die eine gesunde Wirtschaft vollkommen unmöglich sei. Der Grund sei der, daß die Deute, die für die internationalen Beziehungen verantwortlich seien, immer noch nicht den Tatsachen ins Auge schauen und dem Problem, das die gesamte Schuldfrage umfasse, und der Streichung der papierenen Verpflichtungen nicht gegenüberstünden. Man müsse die Phantasiegebilde befeitigen, die die Berechnungen der letzten beherzichten, die den Verfall der Beträge gemacht hätten. Soweit Großbritannien in Betracht komme, könne es sich im eigenen Interesse und im Interesse der Welt es leisten, auf solche Fabeln zu verzichten. Die deutschen Verpflichtungen müßten innerhalb vernünftiger Grenzen festgelegt werden, sobald sie innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands lägen, ohne die Welt zu ruinieren. Um einen wirksamen Beginn zu machen, müsse Deutschland eine internationale Kontrolle erhalten. Der Bankenausschuß, der nicht aus Politikern, sondern aus Geschäftsmännern bestand, sei zu dem Schluß gekommen, daß er keinen Schritt tun könne, bevor die Politiker und Staatsmänner der Welt endgültig den Betrag der deutschen und der allierten Schulden festgelegt hätten.

SSS SSS SSS

Vorzugspreise

in Damen-Kleidern, Blusen, Röcken

Dirndl-Kleid
mit Schoß **298.50**

Dirndl-u. Punktkleid
mit Hoblsaum **349.50**

Leinen-Kleid
bestickt 490.00 **398.50**

Voll-Vollekleid
farbig bestickt **590.00**

Voll-Vollekleid
ganz bestickt **690.00**

Volle-Bluse
im Stoff gestickt **98.50**

Volle-Bluse
m. Jabot, hellblau, rosa, fraise **198.50**

Bluse, prima Voll-Volle
mit schönen Motiven **298.50**

Bluse, prima Voll-Volle
mit Filetspitzen u. Motiven **385.00**

Zephir-Bluse
glatt und gestreift 149.50 **129.50**

Kostüm-Rock
weiß Leinen **129.50**

Kostüm-Rock
schwarz-weiß kariert **198.50**

Kostüm-Rock
Cheviot, Plisseo **298.50**

Extra-Angebote in Schürzen

Extra-Angebote in Röckchen

A. J. Froplowitz Nachf.

Bereinsnachrichten

Kirchenchor. Sonnabend 5 Uhr Probe i. d. Kirche.
Verkn.-Bezirkv. Riesa. Hauptverl. 1. 7. 8 Uhr.
Vertr. Elb-Bohr. Sonnabend, 1. 7., abends 8 Uhr
Hotel Deutsches Haus Monatsversammlung.
Mieterverein Weida. Heute abend 8 Uhr bei Seyde-
wich Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Einladung.

Sonntag, 2. Juli, wird in Weida unser Jahres-
fest gehalten. Nachm. 3 Uhr Festgottesdienst in der
Kirche; darnach Festversammlung im Saale des
Gasthofes. Prediger und Berichterstatter: Missions-
Superintendent Weber aus Gersdorf.
Zu reger Teilnahme an der Feier sind die uns an-
geschlossenen Kirchengemeinden hiermit herzlich eingeladen.
Der Bezirksmissionsverein Riesa u. Ums.
Warrer Dr. Vena.

Schützen-Gesellschaft.
Dienstag, den 4. Juli
Kränzchen
im Schützenhaus. Anfang 8 Uhr. Die Kameraden
werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Chorverein Riesa.
Donnerstag, 6. Juli 1922, 8 Uhr, Aula, anstatt
Probe Einführungsabend in neuzeitliche Musik
als Vorbereitung kommender Aufführungen. — Aus-
führende: Käthe von Schuch (Gesang), Elisabeth
Traeber (Klavier), Emmy Schreiber-Löring (Kla-
vierbegleitung), Iwan Schönebaum (Erläuterungen).
Zu teilweiser Deckung der Unkosten Karten zu 5 M.
und Steuer nur für Mitglieder und deren An-
gehörige bei Hüller, Hauptstraße 79.

Gesangverein „Froh Lied“ Poppitz.
Sonntag, den 2. Juli
großes Sommer- u. Kinderfest.
Belustigung für jung und alt. Stellen zum
Festzug 12.30, Abmarsch 1 Uhr. Ab 4 Uhr feiner
Ball im Gasthof Wergendorf. Hierzu laden wir
freundlichst ein. Der Vorstandschuß.

Ihre Vermählung geben nur
hierdurch bekannt
Max Rommel
Martha Rommel-Panning
Gröba, Elbe Soltau i. Han.
30. Juni 1922.

Verbinden.		Bilanz am 31. Dezember 1921.		Schulden.	
Elektrizitätsanlagen:					
Stand am 1. Januar 1921	2365280.—				
Zugang	308750.—	2674030.—			
Gausgrundstück Riesa:					
Stand am 1. Januar 1921	47500.—				
ab Hypothek	40000.—	7500.—			
Bau-Konto	290695.55				
Fahrzeuge	1.—				
Inventory	1.—				
Kasse	14179.73				
Wertpapiere	23050.—				
Waren und Material	721800.—				
Vorauszahlungen	67731.89				
Schuldner:					
a) Bankguthaben	845877.02				
b) Verschiedene	1281377.66	1927254.68			
Sa.		5726243.85			
Zoll.					
Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1921.					
Verbinden.		Schulden.			
Betriebskosten	4135827.28	Gewinn-Vortrag	915.22		
Zinsen	107646.68	Betriebs-Einnahmen	4738283.42		
Abreibungen:					
Kaufkraft für 1921	423075.94				
Reingewinn	72598.74				
Sa.		4739148.64			4739148.64

Elektrizitätswerke - Betriebs - Aktien - Gesellschaft.
Riesa, den 31. Dezember 1921.
Der Aufsichtsrat: Röpke, Vorsitzender.
Der Vorstand: Gille, Regier.
Die für das Geschäftsjahr 1921 auf 8% festgesetzte Dividende gelangt gegen Einlieferung des
Dividenden Scheines Nr. 22 mit 80.— für jede Aktie abzüglich Kapitalertragsteuer
in Riesa bei der Gesellschaftskasse,
in Dresden bei der Sächsischen Staatsbank,
bei dem Bankhaus Schilling & Klemmer,
bei der Deutschen Bank, Filiale Dresden,
in Leipzig und Weiden bei der Sächsischen Staatsbank
sofort zur Auszahlung.
Riesa, den 26. Juni 1922.
Elektrizitätswerke-Betriebs-Aktien-Gesellschaft.
Der Vorstand: Gille, Regier.

Zimmermädchen zum sofort. Eintritt gesucht. Wettiner Gof.
Speisefartoffeln verkauft. Hofmann, Poststraße.
Freibank Riesa. Sonnabend, den 1. 7., Abend 8 Uhr. 80.—

Bestellte Schweins-Töpfe empfiehlt **Paul Schaufschiff** Wettinerstr. 5, neben Café Central.

Schöpfungsfisch empfiehlt Julius Göbe, Widmarstraße.

Gasthof Stöitz. Sonntag, den 2. Juli, zum Schulfest **groß. Ball** (Anfang 5 Uhr), wozu freundlichst einladet **J. Köhler.**

Gasthof Zeithain ladet Sonntag, 2. Juli, von 4 Uhr an zur **öffentlichen Ballmusik** freundlichst ein.

Gasthof Mantitz. Sonntag, den 2. Juli, zum Schulfest **große öffentliche Ballmusik.** Dazu ladet freundlichst ein **W. Röber.**

Gasthof Bahra. Sonntag, 2. Juli, **große öffentliche Ballmusik** hierzu ladet freundlichst ein **W. Thalheim.**

Gasthof Hadewig. Sonntag, 2. 7., ladet zur **Ballmusik** freundlichst ein **W. Ziesche.**

Café Promenade Täglich frische Erdbeeren, gutt. Erdbeerbowl, Vorzügliches Eis-Getränk.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten. Hierzu Nr. 26 des „Frohlied“ an der Elbe.

Die Ermittlungsarbeit.

Der erste Mörder ist ergriffen. Man kann mit Gewissheit feststellen, daß die politische Polizei nicht verlagert, daß infolge der allgemeinen gerechten Empörung über das Verbrechen an einem Führer des Staates die Mitarbeit der Gesamtheit der Bevölkerung zur schnellen Aufklärung geführt hat.

Weitere Verhaftungen.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Die der Teilnahme an der Ermordung des Ministers Rathenau überführten Personen, die von der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums ermittelt und festgenommen wurden, sind: 1. Kaufmann Richard Schütt in Berlin, 2. Kaufmann Franz Dietzel in Berlin, die Besitzer der Autogarage, in welcher der zur Mordtat benutzte Kraftwagen untergebracht war.

Zu der Verhaftung Guntbers meldet der amtliche preussische Pressedienst: Die Berliner Polizei verhaftete den Leutnant der Artillerie und Studenten der Rechte R. Guntber, der nicht nur der Mordanschlag, sondern auch der Verstoß zur Ermordung Rathenaus überführt wurde.

Die Berliner Blätter geben eine Meldung der Düsseldorf Nachrichten wieder, nach der gestern der bei den Böhmisches Werken in Düsseldorf-Oberkassel angestellte Ingenieur Kauer unter dem Verdachte der Mittäterschaft an der Ermordung Rathenaus verhaftet worden sei.

Wie das „Berl. Tagbl.“ von dem Chef der politischen Polizei Oberregierungsrat Dr. Weis erzählt, sei es einem nach Stettin entlassenen Fahndungskommando der Polizei gelungen, einen der Mittäter an der Ermordung Rathenaus namens Wofz zu verhaften.

Nach dem Abt.-Abendblatt trafen die drei Mörder Rathenaus die letzten Vorbereitungen und Verabredungen in einem Berliner Pensionat, wo sie gemeinsam ein einzelnes Zimmer bewohnten.

Die Vernehmung Tschow's.

Wie die Berliner Blätter über die Vernehmung des Studenten Tschow, der das Auto der Mörder Rathenaus geführt hatte, mitteilen, leugnete der Verhaftete anfänglich jede Beteiligung. Erst als keine in Schutzhaft befindliche greise Mutter ihm gegenübergestellt wurde, gelang es den Ermahnungen und ihren Zusätzen, aus dem Sohne ein Geständnis herauszubringen.

Wie die Berliner Blätter über die Vernehmung des Studenten Tschow, der das Auto der Mörder Rathenaus geführt hatte, mitteilen, leugnete der Verhaftete anfänglich jede Beteiligung. Erst als keine in Schutzhaft befindliche greise Mutter ihm gegenübergestellt wurde, gelang es den Ermahnungen und ihren Zusätzen, aus dem Sohne ein Geständnis herauszubringen.

Ueber die Persönlichkeit des verhafteten Tschow erzählt die „B. Z. M.“, daß er der zweite Sohn eines verstorbenen Berliner Magistratsrats war. Er hat zwei Brüder, von denen der älteste Bankbeamter und der jüngste ein 16 jähr. Mittelschüler ist.

Auf der Spur.

Auf Grund der bekannt gegebenen Personenbeschreibung der Mörder Rathenaus hat in Leipzig ein junger Mann der Kriminalabteilung folgendes mitgeteilt: Am Sonntag, den 25. d. M., sei er mit dem früh 7 Uhr vom Anhalter Bahnhof in Berlin nach Leipzig fahrenden Erlange in einem Abteil 3. Klasse gereist.

Das Gesetz zum Schutze der Republik.

Zweite Verordnung zum Schutze der Republik vom 29. Juni 1922.

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet: Artikel 1. Personen, die an Organisationen teilnehmen, von denen sie wissen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amte befindlichen oder früheren Regierung des Reiches oder eines Landes durch den Tod zu beseitigen, werden mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft.

Artikel 2. Die Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 521) wird dahin ergänzt und geändert:

1. § 5, Nr. 1 erhält zum Schluß folgenden Zusatz: oder wer die toten Opfer solcher Gewalttaten verkündet oder öffentlich beschimpft.

2. § 5, Nr. 2 erhält zum Schluß folgenden Zusatz: oder wer eine solche Verbindung mit Geld unterhält.

3. § 7, Absatz 1, Nr. 2 erhält folgende Fassung: Für die in § 5 bezeichneten Verbrechen.

Artikel 3. Wird durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die Strafbarkeit einer zur Inzändigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gehörenden Handlung begründet, so kann die periodische Druckschrift, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, bis auf die Dauer von vier Wochen, in anderen Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden.

Artikel 4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, 29. Juni 1922.

Der Reichspräsident Ebert, der Reichskanzler Dr. Brüch, der Reichsminister des Innern Dr. Brüch, der Reichsminister der Justiz Radbruch.

Aus Berlin schreibt B. Z. B.:

Das Ergebnis der Untersuchung gegen die Mörder Rathenaus und ihre Hintermänner hat gezeigt, daß es sich auch diesmal wieder um Mitglieder der Organisation C handelt. Die Reichsregierung hat sich infolgedessen im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten in die Notwendigkeit versehen, im Interesse der Sicherheit des Staates und einer wirksamen Vorführung der Untersuchung zu sofortigen Maßnahmen zu greifen, ohne die geplante gesetzliche Regelung zum Schutze der Republik abzuwarten.

Der Oberreichsanwalt in Berlin.

Der Oberreichsanwalt, der als Anklagebehörde dem durch die Verordnung des Reichspräsidenten eingesetzten Staatsgerichtshofe beigegeben ist, wird seinen Sitz nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, in Leipzig nehmen.

Verhaftungen in Dresden.

Im Zusammenhange mit den Nachforschungen im ganzen Reich nach den Mördern Rathenaus und nach mit ihnen in Verbindung gewesenen Personen sind von der Dresdener Staatsanwaltschaft in den letzten Tagen einige weitere Dresdener Persönlichkeiten, auf die die von Berlin übermittelten Personenbeschreibungen oder andere Anhaltspunkte zuzutreffen schienen, zum Teil mit ihren Frauen verhaftet worden.

Der Mörder Fischer aus Flöha.

Ueber einen der Haupttäter beim Mord Rathenaus, den als Sachsen bezeichneten Fischer, auch Bogel genannt, erfahren die „B. Z. M.“, daß er im Jahre 1896 in Florenz als Sohn eines Bildhauers geboren wurde. Er kam später nach Deutschland und studierte die technischen Wissenschaften in Chemnitz.

Die Vorgeschichte der Ermittlung.

Aus Hamburg wird berichtet: Wie die Staatliche Pressestelle zur Vorgeschichte der Ermittlung der Mörder Dr. Rathenaus mitteilt, ergab sich bei der Untersuchung in der Angelegenheit der Hamburger Sprengstoffattentate der begründete Verdacht, daß die Täter einer politischen Geheimorganisation angehörten, die sich über das ganze Reich erstreckte.

Abgelehnte Belohnung.

Der „Vorwärts“ meldet, daß der Abg. Dr. Helfferich dem Polizeipräsidium zur Verfolgung der Mörder Rathenaus 100000 M. und die Deutsche Volkspartei der gleichen Stelle 200000 M. angeboten habe. Das Angebot wurde inbeffen abgelehnt.

engsten Zusammenhang mit den Feststellungen des Reichskommissars für öffentliche Ordnung vornehmen.

Neue Forderungen.

Am Dienstag fand eine Sitzung des Zentralrates und der Gruppenräte der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin statt, in der nach längerer, sehr aufgeregter Aussprache eine Reihe von Forderungen aufgestellt wurde, die sich mit den gewerkschaftlichen Forderungen für das Gesetz zum Schutze der Republik ungefähr decken.

Die Inzändigkeit des Staatsgerichtshofes.

Vor dem Berliner Landgericht wurde eine Entscheidung von großer politischer Tragweite gefällt. Es wurde über die Klage verhandelt, die der Reichsstaatsanwaltschaft und frühere Minister des Innern Dr. Breitscheid gegen den Generalsekretär der Deutschen Volkspartei Roth angekreidet hatte.

Pressstimmen zur Lage.

Die bevorstehende Auseinandersetzung über das Gesetz zum Schutze der Republik, vor allem die unangünstigen Nachrichten über den Stand der Frage der Verdrängung, geben den Blättern Anlaß, sich mit der Möglichkeit einer Reichsstaatsauflösung zu befassen. Der „Deutsche“ ist der Meinung, daß die Sozialdemokraten, falls sie eine Auflösung herbeiführen sollten, eine ungeheure Verantwortung auf sich laden würden.

Barnacke, eines früheren Offiziers, stand. Unter den beschlagnahmten Papieren befand sich auch ein Brief Barnackes an den Kapitänleutnant von Klinger. Die Buchstaben 2 Ma. Brig. C., die auf einem beschlagnahmten Namenswimpel standen, deuteten auf die Brigade Ehrhardt hin und verstärkten die Annahme, daß es sich um Angehörige der Organisation C handelte.

Abgelehnte Belohnung.

Der „Vorwärts“ meldet, daß der Abg. Dr. Helfferich dem Polizeipräsidium zur Verfolgung der Mörder Rathenaus 100000 M. und die Deutsche Volkspartei der gleichen Stelle 200000 M. angeboten habe. Das Angebot wurde inbeffen abgelehnt.

Die Getreideumlage.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurden Mitte Juli die Beschlüsse über die Getreideumlage aus erster Lesung mit wesentlichen Änderungen umgearbeitet. Der von den Demokraten gestellte und bereits angenommene Antrag, zehn Deklarationsverfahren freizulassen, wurde abgelehnt. Es blieb bei der Getreideumlage der ersten Lesung. Eine Entscheidung über den Preis konnte nicht erzielt werden. Das Zentrum forderte 8800 Mark für Weizen, 8000 Mark für Roggen, die Sozialdemokraten wollten nur 6900 Mark bzw. 6300 Mark gewähren. Keiner der Anträge fand eine Mehrheit. Die Mehrheitssozialisten erklärten nach der Sitzung, daß sie der Preisfrage unter keinen Umständen in dieser Form zustimmen und den Gesetzentwurf im Plenum des Reichstages ablehnen würden. Sie drohten, eine Auflösung des Reichstages herbeiführen zu wollen, und erklärten, sie würden auch unter diesen Umständen aus der Regierung austreten. Infolge dieser Sachlage wurden die Beratungen von der Tagesordnung der Plenaritzung des Reichstages abgelenkt. Darauf fand am Nachmittag eine interfraktionelle Besprechung mit der Reichsregierung statt. Diese Besprechung führte zu keinem Ergebnis und fand auch gestern ihre Fortsetzung, da man sich bemühte, zu einer Einigung zu kommen. Wie mehrere Blätter mitteilen, hat die getriggerte Besprechung des Reichstages und des Reichsfinanzministers mit den Führern der Koalitionsparteien die Möglichkeit einer Verständigung gesiegt. Laut „Berl. Tagb.“ sei man überwiegend der Ansicht gewesen, daß eine Reichstagsauflösung in diesem Augenblick unverantwortlich und unter allen Umständen zu vermeiden sei. Auch die Spannung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Preisfrage sei nicht unerheblich verringert worden. Heute vormittag soll vor der Plenaritzung des Reichstages, auf deren Tagesordnung die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 steht, noch eine weitere interfraktionelle Besprechung erfolgen.

Die Geldknappheit.

Geldmarkt und Devisenmarkt schmelzen in unserer Zeit so sehr zusammen, daß die Rückwirkungen der Devisenerhöhungen auf den Geldmarkt ganz außerordentlich sind. In Börsenkreisen urteilt man, daß eine so angespannte Geldlage am Börsengeldmarkt noch kaum jemals dagewesen sei, und das Verarmungsstadium wird heute ganz allgemein offenbar. Der Resistenz von Schatz- und Handelswecheln bei der Reichsbank ist ungeheuer groß und die Devisen, die auf den Markt kommen, kommen größtenteils aus der Privat- und Geschäftswelt. Es scheint, als ob sich in der letzten Zeit die Verbraucher von Devisen entsprechend eingebildet hätten. Wie stark die Kreditnot ist, zeigt sich daran, daß man für Geld einen Satz von zwanzig Prozent erzielt, sofern man dagegen Devisen bereinigt. Welche enormen Fortschritte die deutsche Wertentwicklung gemacht hat, der an Notenemission seit einem Jahre nur eine hundertprozentige Steigerung gegenübersteht, erkennt man auch an den Preisen, die die Reichsbank seit der Zeit vor einem Jahre für den Verkauf von Goldmünzen anlegt. Am 1. Juni 1921 wurden für ein Zwanzigmarkstück zweihundertfünfzig M. Papier bezahlt. Der Kurs stieg dauernd, Ende Oktober auf sechshundert, Ende Dezember stand er nach vorübergehender Steigerung auf siebenhundertzwanzig, Ende Februar stieg er auf achthundert und Ende Juni auf vierhundert. Das bedeutet eine über fünffache Steigerung, und nach der katastrophalen Devisenentwicklung der letzten Zeit dürfte auch der Goldpreis entsprechend anziehen, er ist gegenüber dem Friedenswert also bereits jetzt auf das Sechsfache gestiegen. Die Notenemissionen sind indes gegenüber dem Vorjahre von fünfhundert auf hundertfünfzig Milliarden gestiegen, haben sich also der Preisbewegung nicht anpassen können. Infolgedessen ist namentlich da die Inflation mit den letzten Preissteigerungen gar nicht mehr Schritt gehalten hat, die Geldknappheit auf einen Stand gestiegen, der bei künftigen Preissteigerungen schwere Komplikationen zur Folge haben muß. Wir haben mitten in dieser Bewegung, vor einer weiteren Preissteigerung um hundert Prozent, und es muß als äußerst schwierig gelten, durch neue Notenemissionen den Bedarf zu decken.

Zur Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Aus Genf wird gemeldet: „Journal de Genève“ schreibt im Anschluß an Ausführungen der „Adriatischen Zeitung“ und an andere deutsche Stimmen, die einen Sitz im Völkerbundsrat für den Fall eines Beitritts Deutschlands in den Bund fordern, daß dieses Verlangen durchaus berechtigt ist. Deutschland sollte als Mitglied dieselben Rechte haben wie die anderen Mächte und dürfe auch um Wiederrück der Aufnahmebedingungen nachsuchen, da sein Beitritt nicht nur ihm, sondern auch dem Völkerbund nütze, der dadurch an Ansehen und Macht gewinne. Die Beitrittsfrage sei aber ein Teil des Problems der deutsch-französischen Beziehungen und hänge von der vorherigen Lösung der Reparationsfrage ab. Erst wenn diese gelöst sei, könne Deutschlands Beitritt erfolgen. Jede vorzeitige Initiative würde nur zu schweren Arrien führen. Das Blatt sieht daher in Lloyd Georges Entzogen sein eine sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nur die Absicht, der Politik Bonaires entgegenzutreten. Wenn ein vorheriger Eintritt Deutschlands erfolgen würde, würde man eine Wiederholung der Trümpfe von Genoa erleben.

Das Wiederaufbauprojekt für das zerstörte Nordfrankreich.

Das große Organisationsprojekt des französischen Arbeitsministers, durch deutsches Material und deutsche Arbeitskräfte die französischen Wasserstraßen, Eisenbahnlinien, Oasenarbeiten und Kraftwerke, überhaupt alle großen staatlichen Unternehmungen ausführen zu lassen, findet im Allgemeinen die Zustimmung der Öffentlichkeit. Der Temps ist bisher das einzige Blatt, dem an dem Projekt auffällt, daß diese von der französischen Regierung geplante Organisation nicht den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete diene, der in erster Linie ein dringendes Bedürfnis sei. Der Temps erklärt, man müsse allerdings den Einwand gelten lassen, daß die Einstellung deutscher Arbeiter im zerstörten Nordfrankreich an der berechtigten Empfindlichkeit der französischen Bevölkerung geknüpft sei. Immerhin wäre es auch bei dem gegenwärtigen Stand nicht zu umgehen, die deutschen Arbeiter von der Bevölkerung abzuschieben und sie durch die deutsche Regierung direkt verproviantieren zu lassen. Bei Verabreichung in Markt könnten die Arbeiter selbstverständlich ihren Lebensunterhalt in Franken nicht aufbringen und Frankenzahlung käme schon deshalb nicht in Betracht, weil dann die Frankenzahlung viel besser direkt vom französischen Staat zu erfolgen hätte, das alles wäre an der Grenze viel besser durchzuführen als im Innern Frankreichs. Auch hätte ein Wiederaufbauprojekt über die französischen Gebiete nicht den Nachteil, den französischen Staatsbetrieben die Lasten aufzuliegen, die bei dem gegenwärtigen Projekt unausbleiblich sein würden.

Dem „Populaire“ erklärte der sozialistische Abgeordnete Auriol, Sachmann in Finanzfragen, über den Arbeitsplan von Le Trocquer, man könne vor allem rechtlich über die Tragweite des angezogenen Artikels 19, Anhang 2, des Friedensvertrages freier. Dieser Paragraph habe nicht die Bedeutung, die man ihm gebe, und es sei falsch, zu behaupten, daß man von Deutschland die Verwendung seiner

Arbeiter für Arbeiten zum wirtschaftlichen Wiederaufbau im Innern des Landes verlangen könne. Die deutschen Arbeiter in einer Ode Frankreich einzuwerfen, wie es Le Trocquer wolle, sie zu zwingen, Fabriken und Eisenbahnen zu bauen, sei der Zwangsarbeit zum Nutzen des Gegners zu unterwerfen, das bedeute, gegen diese Reparationsart nicht nur die, die in Deutschland bereit sind, die Kriegsrümpfe wieder aufzubauen, sondern auch die Alliierten Frankreichs und die industriellen Konzentrationen aufzubringen, die sich über diesen Plan beunruhigen und sich ihm entgegenstellen würden.

Von der Haager Konferenz.

Der russische Delegierte Sololnikow gab einer Pressekonferenz Mitteilungen über die heutigen Zustände in Rußland. Er führte u. a. aus: Die allgemeine Lage ist seit der Genuefer Konferenz bedeutend besser geworden. Die Ernte verläuft ausgezeichnet zu werden, man rechnet sogar mit einem Getreideüberschuß. Die Arbeiter werden dadurch mehr Bewegungsfreiheit bekommen. Es geht vorwärts in Rußland. Es fehlen aber Maschinen, Werkzeuge, Transport- und Verkehrsmittel, daher benötigt Rußland Kredite, um seine wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Regierung hat bereits Maßnahmen getroffen, wodurch das Privateigentum, das jetzt erworben wird, gesichert wird. Weiter hat die Regierung die Zahl der Staatsbeamten um 28 Prozent herabgesetzt, auch der Eisenbahnverkehr ist reorganisiert worden und wird weiter ausgebaut werden. Wie bekannt, war der Verkehr früher kostenlos, jetzt muß man aber wieder bezahlen. Trotzdem hat aber die Eisenbahn noch ein Defizit von etwa einem Drittel der Betriebskosten. Dieses werde jedoch immer geringer. Die Regierung ist bereit, den ausländischen Kapitalisten Konzessionen zu machen, aber nicht um der Kapitalisten willen, sondern weil es im Interesse des russischen Volkes liegt. Soweit Herr Sololnikow. Es ist zu bemerken, daß Herr Sololnikow verkündet hat, bei seiner Schilderung der verbesserten Lage auch zugleich irgendwelche Unterlagen zu geben.

Lloyd George zur politischen Lage.

Bei der Aussprache im Oberhaus am Dienstag über die Genuefer Konferenz hielt Lord Grey eine Rede, die in der Presse große Beachtung findet. Er sagte u. a.: Die Leute, die an die Zukunft denken, hätten während der Genuefer Konferenz in großer Besorgnis gelebt. Von Zeit zu Zeit hätten sie es, als ob die Entente mit Frankreich fast bis zum Bruch gespannt war. Die Zeitungen schrieben monoton davon, daß die Entente so gut wie zu Ende sei. Wenn keine ernsthafte Spannung mit Frankreich bestanden habe, so sei es schade, daß die Umgebung des Premierministers dies der Presse nicht mitgeteilt habe. Die Lage werde dauernd ernst sein. Jahre seien seit dem Waffenstillstand vergangen. Man habe keinen Fortschritt in der Richtung auf den Wiederaufbau beobachtet gemacht. Das wesentlichste für den Wiederaufbau Europas sei die Mitwirkung der Vereinigten Staaten. Die Regierung hätte diese bezüglich ihrer Methoden sondieren müssen, unter denen sie am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas teilnehmen würden. Wenn dies nicht geschehen sei, so wäre das ein erster und verhängnisvoller Fehler. Um die Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu erlangen, müßten Frankreich und Großbritannien im herzlichsten Einvernehmen stehen. Die amerikanische Antwort, in der die Teilnahme an der Haager Konferenz abgelehnt wurde, habe die Bedingungen erwähnt, unter denen Amerika nach den Zielen der Genuefer Konferenz mitarbeiten würde. Der richtige Weg sei nicht, eine Konferenz anzuordnen und dann zu bedauern, daß die Vereinigten Staaten nicht kämen, sondern in Über-einstimmung mit Frankreich die Methoden festzusetzen, die man anwenden müsse, um die Mitwirkung Amerikas zu sichern.

Grey wandte sich hierauf der Reparationsfrage zu. Diese sei von der Genuefer Konferenz ausgeschlossen worden, weil die französische Regierung es forderte. Die Frage sei mit Recht nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil die Genuefer Konferenz nicht der geeignete Ort dafür gewesen wäre. Solange aber das Reparationsproblem wie eine Wolke über dem politischen und wirtschaftlichen Leben Europas hänge, würden Konferenzen von der Art der Genuefer keinen Fortschritt bringen. Die Reparationen seien für England nicht weniger wichtig als für Frankreich. Aber England habe anfangs in der Reparationsfrage den Schrittmacher gestellt. Lloyd George habe seinerzeit in Bristol gesagt, Deutschland müsse die gestimmten Kriegskosten bezahlen. Frankreich sei um seine Sicherheit besorgt, weil der Garantiepakt mit England und den Vereinigten Staaten nicht zustande gekommen sei. Frankreich habe nichts wesentliches für die Wiederherstellung seiner Gebiete erhalten, die es aus eigener Tasche bezahlen. Man könne die Reparationspolitik Frankreichs nur dann erfolgreich kritisieren, wenn man die französische Lage vollkommen begreife. Bares Geld lasse sich in erheblichem Maße nur durch eine internationale Anleihe beschaffen. Für diese bedürfe es aber der Mitwirkung der Vereinigten Staaten.

Die Genuefer Konferenz in Rußland werde unendlich langsam von Hatten gehen. Die Vereinigten Staaten seien zur Mitwirkung bereit, verlangten aber mit vollem Recht die vorherige Untersuchung der wahren Lage in Rußland durch einen Sachverständigenausschuß. Vor einer beratenden Untersuchung hätte man nicht versuchen dürfen, zu einem Abkommen mit Rußland zu gelangen. Grey fragte, ob die bolschewistische Regierung verständigt oder davon benachrichtigt wäre, daß eine Regierungsanleihe für Rußland nicht in Frage komme. In diesem Punkte dürfe kein Mißverständnis bestehen. Grey schloß: Europa treibe in gefährlicher Weise dahin. In Genoa habe man keinen festen Grund unter die Füße bekommen. Wäre der Völkerbund mehr gefördert worden, so stände man jetzt viel besser da. Wenn Europa weiter so bisher dahin treibe, treibe es in eine Katastrophe, bevor die Regierung begreife, welche Punkte von wesentlicher Bedeutung seien. Zu diesen Punkten gehöre die Mitwirkung Amerikas, ohne die keine wesentlichen Fortschritte gemacht werden könnten. Lloyd George habe in Genoa sein bestes getan, aber es wäre besser gewesen, er hätte die Sache weniger gut, dafür aber am richtigen Ende angefaßt, nämlich am amerikanischen, anstatt an dem verkehrten Ende, dem russischen.

Lloyd George hielt auch vorgestern bei der englisch-italienischen Magasin-Fest eine bemerkenswerte Rede, in der er u. a. ausführte: Die europäische Freiheitsbewegung der letzten 80 Jahre wurzelt in den Lehren Mazzinis. Die unterdrückten Massen der Türkei, Deutschlands, Rußlands und, wie er offen gesteht, auch Irlands, hätten aus den Lehren Mazzinis Nutzen gezogen. Mazzini habe die letzte der Eroberungen Napoleons verschwinden lassen. Das von Bismarck errichtete glibbernde Reichsgedäude liege im Staub. Mazzini habe keinen gemeten Laß dulden wollen. Er habe nicht daran geglaubt, daß Nationen auf den Trümmern anderer Nationen aufgebaut werden könnten. Er sei der Vater des Völkerbundsgedankens. Seine Schritte seien alle von diesem Gedanken ausgegangen. Man habe jetzt freie Länder in Europa. Die Lehren Mazzinis seien jedoch damit noch nicht zu Ende. Es bestünde die wirkliche Gefahr, daß die Nationen, die die Freiheit gewonnen hätten, Argwohn, Dabotier und daß gegen einander groß-

högern. Lloyd George fuhr fort: Glaube mir, der ich so viele Jahre auf dem Wachturme stehe, ich erkläre feierlich, daß diesen Nationen, wenn das so weitergeht, die Freiheit im Kampf wieder entrisen wird, der von ihnen selbst über Europa gebracht wird. Mazzini hat für die Gegenwart geschrieben, wenn er sagte, der Tag nach dem Siege sei gefährlicher als der Tag vor dem Kampf. Dessen ist die Idee der Brüderlichkeit die Nationen der Welt vor der Wiederkehr napoleonischer Kriege bewahren. Italien und Großbritannien haben in Genoa für das große Ziel des Friedens und der Brüderlichkeit gewirkt. Beide Nationen haben dieselben Ziele, dieselben Ideale. Sie müßten zusammenwirken und müssen das auch weiter tun. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Schanzer sagte in seiner Erwiderung, er hoffe, das enge Zusammenwirken werde fortbauern mit Ergebnissen, die für beide Länder betrübend seien.

Doppelte Mißerfolge.

Der französische Senat verhandelte über die Interpellation, die die Senatoren de Jouvenel und Francois Albert eingebracht haben über die Bedingungen, unter denen die Regierung sowohl im Haag wie bei den Verhandlungen mit den Alliierten die französische Reparationspolitik und die Politik des europäischen Aufbaus zu verfolgen gedenke. Die Interpellation wird von Senator de Jouvenel begründet, der von dem Gedanken ausgeht, daß ein doppelter Mißerfolg, der der Genuefer Konferenz und der der internationalen Anleihe zu verzeichnen sei, wodurch vielleicht auch das ganze Reparationsproblem zu einem Mißerfolg verurteilt sein könne. Im Monat Oktober sei der erste Verfalltag der internationalen Schulden. Aus diesem Grunde müsse man nach Lösungen suchen. Frankreichs Anteil an den Zahlungen Deutschlands betrage 53 Prozent.

Die Mandatfrage über Palästina.

Am 15. Mai richtete Kardinal-Staatssekretär Gasparri ein Schreiben an den damals in Genf tagenden Völkerbundsrat, um gegen wesentliche Bestimmungen des gerade zur Verhandlung stehenden englischen Mandatsprojektes über Palästina zu protestieren. Das Schreiben, dessen Wortlaut erst heute bekannt wird, und für die kommende Völkerbundsratsitzung über das Mandatsmandat von größter Bedeutung werden dürfte, erhebt in erster Linie Einspruch dagegen, daß den Juden in Palästina eine Vorkaufsstellung vor anderen Glaubensbekenntnissen eingeräumt wird, was im Widerspruch steht mit Artikel 22 des Versailleser Vertrags. Außerdem wendet sich der Vatikan ausdrücklich gegen Artikel 14 des Mandatsprojektes, der eine Kommission zur Regelung der konfessionellen Fragen einsetzt, die von England ernannt und deren Präsident vom Völkerbundsrat bestellt wird. Der Heilige Stuhl könne nicht dazwischen willigen, daß katholische Interessen von Vertretern wahrgenommen würden, die nicht von den zuständigen hierarchischen Behörden gewählt worden seien. Auch sei es nicht annehmbar, daß diese Kommission über den Schicksal und die Auswahl der zu schützenden heiligen Orte zu befinden habe. Diese Klausel würde England übermäßig große Rechte geben, die mit Artikel 95 des Vertrags von Sèvres nicht übereinstimmen. Der Heilige Stuhl schlägt daher vor, daß die Kommission nicht von England ernannt, sondern aus den Konsuln der im Völkerbundsrat vertretenen Mächte zusammengesetzt werde. — Das Journal de Genève erzählt zur Mandatfrage, daß der italienische Außenminister Schanzer in seinen Londoner Besprechungen im Einverständnis mit dem Vatikan verlangt habe, daß Italien die Aufsicht über einen Teil der heiligen Orte erhalte.

Die neuen Postgebühren ab 1. Juli.

Die wesentlichen Gebühren, die vom 1. Juli ab im Post-, Volksschiff- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten werden, sind folgende:

Für Postkarten im Ortsverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1,50 M.

Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1 M., über 20 bis 100 Gramm 2 M., über 100 bis 250 Gramm 3 M.; für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 3 M., über 20 bis 100 Gramm 4 M., über 100 bis 250 Gramm 5 M. Für Drucksachen bis 20 Gramm 50 Pf., über 20 bis 50 Gramm 75 Pf., über 50 bis 100 Gramm 1,50 M., über 100 bis 250 Gramm 3 M., über 250 bis 500 Gramm 4 M., über 500 Gramm bis 1 Kg. 5 M.

Für Anschlagkarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Maßangaben mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 50 Pf. Anschlagkarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich die Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr.)

Für Postanweisungen bis 100 M. 2 M., über 100 bis 250 M. 3 M., über 250 bis 500 M. 4 M., über 500 bis 1000 M. 5 M., über 1000 bis 1500 M. 6 M., über 1500 bis 2000 M. 7 M.

Für die Selbstbestellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten: für eine Briefbestellung nach dem Ortsbestellbezirk 3 M., nach dem Landbestellbezirk 9 M.; für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 6 M., nach dem Landbestellbezirk 12 M.

Im Volksschiffverkehr kosten Pakete bis 100 M. einchl. 0,75 M., über 100 bis 500 M. einchl. 1,50 M., über 500 bis 1000 M. einchl. 3 M., über 1000 bis 2000 M. einchl. 4 M., über 2000 bis 5000 M. einchl. 5 M., über 5000 M. 6 M.

Für gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 1,50 M., mindestens 15 M., im Ortsverkehr jedoch 1 M. für jedes Wort, mindestens 10 M.

Die Auslandsgebühren betragen: für Postkarten 3,50 M.; für Briefe bis 20 Gramm 6 M., jede weiteren 20 Gramm 3 M.; für Drucksachen für je 50 Gramm 1,25 M.; Selbstbestellgebühren für Briefsendungen 12 M.

Verursachungsgebühren.

Nach amtlicher Zusammenstellung verursacht das Verlangen, einen Fernsprecher zu unterhalten, vom 1. Juli ab folgende Kosten: Die Gesamterhebung der Gebühren beträgt 160 Prozent. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß lediglich statt des bisherigen Leistungszuschlags von 80 v. S. zu den gesetzlichen Fernsprechtsgebühren ein solcher von 160 v. S. erhoben wird. Der Hauptanschluß kostet jährlich 1976 M., jedes Ortsanschluß 0,65 M., die Einrichtung eines Anschlusses 520 M., ein Innen-Nebenanschluß kostet 421,20 M., die Einrichtung des Anschlusses 260 M., ein Außen-Nebenanschluß kostet 327,60 M., ferner für je 100 Meter anlagspflichtige Leitungslänge 93,60 M., die Einrichtung des Anschlusses 780 Mark. Ein kleiner besonderer Wecker 62,40 M., ein größerer Wecker 109,20 M., jede Anschlußhöhe 31,20 M., je 100 Meter anlagspflichtige Leitungslänge 93,60 M. Für Verlegen werden die gleichen Gebühren berechnet wie für die Einrichtung. Beschleunigte Deckstellung eines Anschlusses kostet besonders 390 M., Übertragung eines Anschlusses auf eine andere Person 180 M., Auswechseln eines Apparates 180 M., Zurückgeben eines Antrages mindestens 52 M., Wenden eines gewöhnlichen Fern- oder Vorortgesprächs in ein dringendes kostet 1,95 M., jede Anfrage, ob eine verlangte Gesprächs-Verbindung bald zu erwarten ist, 1,95 M., die Zurückleitung einer verlangten Gesprächs-Verbindung 1,95 M.